

Schwerpunkt «HalbeHalbe» vor weiterer Hürde

«Das Komitee und die 1850 Unterstützer sind nur die Spitze des Eisbergs»

Interview Nächste Woche kommt die Verfassungsinitiative «HalbeHalbe» vor den Landtag. Weil die Vorlage voraussichtlich auch vor das Volk kommt, möchten die Komiteemitglieder Martina Haas und Remo Looser Unklarheiten und Missverständnisse aus dem Weg räumen.

VON DANIELA FRITZ

«Volksblatt»: Rund 1900 Personen haben die Initiative «HalbeHalbe» bisher unterstützt - deshalb kommt die Initiative nächste Woche vor den Landtag. Wie waren denn die Rückmeldungen während der Unterschriftensammlung?

Martina Haas: Unterschiedlich. Manchen mussten wir zunächst erklären, was wir mit der Initiative erreichen möchten. Andere wiederum kannten unser Anliegen bereits und haben gerne unterschrieben. Es gab aber auch einige, die der Initiative ablehnend gegenüberstanden.

Remo Looser: Es war überraschend und schön, wie viele der angesprochenen Personen sich für das Thema interessieren. Wir haben rund 1900 Unterschriften gesammelt, aus Zeitgründen konnten nicht alle beglaubigt werden. Das ist für ein Initiativbegehren eine stolze Zahl, vor allem bei einem so abstrakten Thema wie diesem. Anfangs mussten wir viel informieren und Missverständnisse aus dem Weg räumen, vor allem gegen Schluss der Unterschriftensammlung waren die Gespräche aber sehr konstruktiv und wir konnten viel Schwung mitnehmen. Das Thema ist reif für eine gesellschaftliche Diskussion.

«HalbeHalbe» hat ja mehrmals betont, mit der Initiative auch die Debatte um die Gleichstellungspolitik ankurbeln zu wollen. Fehlt es noch an der öffentlichen Diskussion, so wie Sie sich das wünschen?

Looser: Es ist alleine damit schon viel erreicht, dass das Thema nun auf dem Tisch liegt. Es wird darüber diskutiert und das auch verstärkt in den politischen Gremien. Das liegt auch daran, dass die Initiative so erfolgreich lanciert werden konnte. In den nächsten Wochen und Monaten müssen wir die Debatte noch vertiefen. Wir befinden uns erst am Anfang.

Bei einigen ist jedenfalls noch nicht angekommen, wofür die Initiative steht. Was erhoffen Sie sich denn durch die Verankerung dieses Zusatzes in der Verfassung?

Haas: Heute steht in der Verfassung, dass Frauen und Männer gleichberechtigt sind. Unser vorgeschlagener Zusatz ist ein ergänzender Förderauftrag an alle Parteien und die politischen Akteure im Land. Wir erhoffen uns ausgewogenere Gremien.

Looser: In Analogie zur «gläsernen Decke» in der Wirtschaft kann man feststellen, dass es in politischen Gremien eine «gläserne Wand» gibt. In der Wirtschaft hat man realisiert, dass das für den Erfolg der Firmen nicht gut ist. Schliesslich weiss man mittlerweile, dass gemischte Teams bessere Resultate erzielen. Fortschrittliche Unternehmen haben reagiert und durchbrechen diese gläserne Decke. Sie halten in ihren Leitlinien fest, dass Frauen in höhere Positionen kommen sollen. Diese Erkenntnis kann man auf die Gesellschaft adaptieren. Wir sind überzeugt, dass gemischte politische Gremien zu besseren Ergebnissen für uns als Gesellschaft kommen.

Dass es diese «gläserne Wand» aber nach wie vor gibt, zeigt das folgende Beispiel: Aktuell bestehen die Kommissionen und Beiräte aus rund 230 Männern und 70 Frauen. Man sieht also, die «gläserne Wand» ist noch nicht eingeschlagen. Die Idee der Initiative ist, dass wir uns dazu als Gesellschaft eben diesen Auftrag nun geben. Ich glaube, der Grossteil der Bevölkerung ist sich einig, dass es an der Zeit ist, dabei einen Schritt weiterzukommen. Wir diskutieren jetzt eigentlich darüber, wie wir das erreichen.

Haas: Man hat in den vergangenen Jahren gesehen, dass von alleine nichts passiert. Hinter vielen Fortschritten in der Gleichstellungspolitik oder der besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf standen Frauenorganisationen oder andere NGO, die sich dafür einsetzten. So auch beim Frauenwahlrecht oder dem Eherecht.

Irgendwann sind diese Frauen vielleicht nicht mehr bereit, so viel ehrenamtlich zu arbeiten für Verbesserungen, für die die Zeit einfach reif ist.

Anhand der Ergebnisse der Gemeindevahlen 2019 machen aber viele eben bereits eine Verbesserung aus.

Haas: Wir haben Angst, dass es sich nur um einen Hype handeln könnte. Es hat sicher ein Umdenken stattgefunden. Das geschah aber nicht einfach so, sondern eben durch die vielen Bemühungen von Frauenorganisationen und den Parteien. Der geringe Frauenanteil ist für mich kein Abbild unserer Gesellschaft. Wir möchten, dass der Frauenanteil etwa auf dem Niveau der letzten Gemeinderatswahlen bleibt und nicht wieder sinkt. Das ist in der Vergangenheit nämlich passiert. Bei Annahme der Initiative müsste spätestens dann reagiert werden.

Was verstehen Sie unter «reagieren»? Kürzlich äusserte ein Leserbriefschreiber die Sorge, dass die Parteien geklagt werden, wenn sie ihre Listen nicht zur Hälfte mit Frauen besetzen.

Looser: Ganz wichtig ist: Durch die Initiative würde nicht die Ausgewogenheit an sich, sondern deren Förderung in die Verfassung aufgenommen. Eine solche Förderung kann stark oder weniger stark ausfallen. Daher ist auch eine einzelne konkrete Massnahme, wie es eine paritätische Liste darstellen würde, nicht einklagbar. Unsere Aufgaben in den nächsten Wochen und Monaten wird sein, solche Sorgen aufzunehmen und aufzuzeigen, dass diesbezüglich keine Gefahr besteht. Wie gesagt: Die Verfassungsergänzung soll den Willen festhalten, dass wir zukünftig ein ausgewogeneres Verhältnis in den politischen Gremien erzielen wollen. Mit welchen konkreten Massnahmen dies geschehen soll, sollten

wir gemeinsam als Gesellschaft bestimmen.

Sie sprachen von starken und schwachen Förderungen: Eine starke ist sicher die Quote. Einige befürchten, dass Sie diese durch die Hintertür einführen wollen.

Haas: Das ist nicht unser Ziel. Wir vom Komitee wissen, dass eine Quote zur Zeit keine Chance hätte. Wir haben daher den kleinsten gemeinsamen Nenner gesucht, der mehrheitsfähig sein könnte. Denkbar wären, sollte keine Ausgewogenheit nach den Wahlen gegeben sein, etwa ein Bonus-Malus-System, paritätische Listen bei den Wahlen oder Förderungen bei der Kandidatensuche. Vor allem Frauen oder auch Männer mit kleinen Kindern sind weniger politisch aktiv. Man könnte dies fördern, indem Kinderbetreuung während Landtagssitzungen angeboten wird oder dadurch, dass das Landtagsmandat einer Teilzeitstelle gleichgestellt wird beziehungsweise sozialversicherungspflichtig wird. Es gibt verschiedene Möglichkeiten. Hier bleibt Gestaltungsspielraum.

Looser: Stimmt. Wir hätten auch über eine Gesetzesinitiative konkrete Massnahmen vorschlagen können. Aber welche denn konkret? Nein. Der gewählte Weg, den Grundsatz der Förderung in die Verfassung aufzunehmen, erscheint uns aus basisdemokratischen Gründen nach wie vor sinnvoller. Ähnlich wie bei der Förderung des Schulwesens, mit der man in der Verfassung die Chancengleichheit der Kinder im Grundsatz sicherstellt, soll auch hier zuerst die Chancengleichheit von Frauen und Männern für den Einsatz in politischen Gremien im Grundsatz festgehalten werden. Die dann dafür erarbeiteten Massnahmen selbst werden auf Gesetzesebene festgeschrieben. Damit ist sichergestellt, dass letzten Endes das Volk oder zumindest seine Vertretung, der Landtag, entscheidet, mit welchem Strauss an konkreten Massnahmen diese Chancengleichheit gefördert werden soll. Darum ist für mich die in der Frage beschriebene Angst unbegründet.

Sie möchten also einfach den Druck erhöhen, damit überhaupt Massnahmen ergriffen werden?

Haas: Ja, ohne Massnahmen passiert nichts. Zum Beispiel wurde in Hessen ein ähnlicher Zusatz in die Landesverfassung aufgenommen, nachdem eine hohe Mehrheit des Volkes zugestimmt hat.

Looser: Seit 2018 steht dort in der Verfassung: «Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.» Das ist genau das, was wir auch festgeschrieben haben möchten. Diese Verfassungsergänzung wurde übrigens in einer Volksabstimmung mit über 88 Prozent angenommen. Ich hoffe, dass wir mit diesem Hinweis das Missver-

«Man hat in den vergangenen Jahren gesehen, dass von alleine nichts passiert.»

MARTINA HAAS
INITIATIVKOMITEE «HALBEHALBE»

«Es würde nicht die Ausgewogenheit an sich, sondern deren Förderung aufgenommen. Eine einzelne Massnahme wie paritätische Listen ist nicht einklagbar.»

REMO LOOSER
INITIATIVKOMITEE «HALBEHALBE»



ständnis in der Bevölkerung eliminieren können, dass es den Weg über den Verfassungszusatz nirgendwo sonst gibt.

Frau Haas, Sie haben vorhin bereits die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angesprochen. Auch der Erbprinz regte an, diese zu verbessern, um den Frauenanteil in politischen Gremien zu erhöhen. Wäre das in dem Fall schon eine Massnahme zur Förderung der Chancengleichheit?

Haas: Vor dem Start unserer Kampagne haben wir bereits mit dem Erbprinzen gesprochen. Er äusserte sich insofern positiv, als das die Initiative ein wichtiger Schritt für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sei. Das ist ja auch unser Ziel. Wenn mehr Frauen in politischen Gremien sind, würde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eher schneller vorangetrieben. Negativ sah Erbprinz Alois den Eintrag in die Verfassung, weil er diese schlank halten will. Das kann ich nicht verstehen, es ist ja nur eine Zeile. Bei einigen besteht zudem die Angst, dass weitere Minderheiten Forderungen stellen. Unser Zusatz ist für Männer und Frauen bzw. für eine ausgewogene Vertretung beider Geschlechter. Frauen sind zudem keine Minderheit. Das hat einen ganz anderen Stellenwert.

Looser: Für mich ist die von Martina beschriebene Angst ebenfalls nicht ganz nachvollziehbar. Einerseits sind wir stolz darauf, dass sich

das Volk in den politischen Prozess einbringen kann und wir dafür verhältnismässig niedrige Hürden haben. Andererseits hat man jetzt plötzlich Bedenken, dass jemand dann eine Initiative ergreift, die er wohl gemerkt heute schon lancieren könnte. Aber ob so eine Initiative dann auch durchkommt oder nicht, entscheidet ja schlussendlich das Volk. Wir haben das letzte Wort. Mit der Initiative soll nichts anderes erreicht werden, als was wissenschaft-

«Wenn mehr Frauen in politischen Gremien wären, würde die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eher schneller vorangetrieben.»

MARTINA HAAS
INITIATIVKOMITEE «HALBEHALBE»

lich bereits bestätigt wurde. Der Politologe Wilfried Marxer hat in seinem Arbeitspapier «Landtagswahlen 2013 - Frauen im Fokus» festgestellt, dass sich die stärkere Vertretung von Frauen in allen Gremien nicht automatisch einstellt, dass es eine Förderung braucht.

Kommissionen sind immer noch mit deutlich mehr Männern besetzt. Könnte das daran liegen, dass es nicht genug qualifizierte Frauen gibt, wie man oftmals hört?

Haas: Nein. Heute ist der Grossteil der Studierenden an Gymnasien und auf Universitäten weiblich. Frauen sind oft besser ausgebildet als Männer. Frauen geraten durch die schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf ins Hintertreffen. Es herrscht nach wie vor das Stereotyp, dass die Familienarbeit Frauensache ist. Wenn beispielsweise eine Mutter in einer Sitzung ist, wird sie gefragt, ob der Papa auf die Kinder schaut. Nie würde man einen Vater fragen,